

Jugend im Landtag 2022

Anträge Arbeitskreis 1

Arbeit – Wirtschaft – Soziales – Inneres – Energie - Umwelt

JiL 35/1
AK 1

Antragsstellerin: Anna Sophie Stolley

Verbesserung der Arbeitverhältnisse innerhalb von KiTas zur Fachkräftegewinnung

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

Antrag:

„Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, positive Arbeitsumstände in den KiTas sicherzustellen, um die Attraktivität des Berufes zu steigern und so gegen den Fachkräftemangel anzugehen.

Begründung:

Der Fachkräftemangel sorgt gerade in den KiTas Schleswig-Holsteins zu einem enormen Problem:

Durch fehlende Fachkräfte müssen die KiTa-Plätze reduziert werden, um die Bedürfnisse des einzelnen Kindes sicherstellen zu können.

Durch diese Umstände ist es Eltern nicht immer möglich einen KiTa-Platz für ihre Kinder zu finden und sie müssen diese somit selber beaufsichtigen. Dabei müssen Eltern möglicherweise ihre Arbeitszeiten reduzieren, das ist gerade bei alleinerziehenden Elternteilen nicht immer möglich.

Wenn dem Fachkräftemangel durch die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse entgegengewirkt wird, verbessert das nicht nur die Lebensumstände der Erzieher*innen, sondern auch der Eltern.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42

Antragsteller: Kevin Fink

Das Land gehört nicht abgehängt – Stärkung des ländlichen Raumes

Adressat: Landesministerium für Justiz und Gesundheit, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Landesministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz, Landesregierung

Antrag:

„Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Die Landesregierung und die Ministerien werden aufgefordert, den ländlichen Raum zu fördern mithilfe folgender Maßnahmen:

- Infrastruktur soll auch auf dem Land ausgebaut werden, dazu gehören auch Gesundheitskliniken, der öffentliche Nahverkehr, die Internet-Breitbandversorgung und der Küstenschutz
- Die Kommunen müssen mehr, wenn nötig auch finanziell unterstützt werden, um den lokalen Einzelhandel und die Gastronomie auf dem Land aufrecht zu erhalten

Begründung:

Schleswig-Holstein ist wie die meisten Bundesländer ein Flächenland und hat viele ländlich geprägte Gebiete. Deshalb sollte man diese Gebiete fördern und nicht abhängen. Immer mehr junge Menschen ziehen aus den ländlichen Gebieten weg in die Städte und der demografische Wandel macht den dünnbesiedelten Gebieten deutlich zu schaffen. Für viele Menschen ist das Land keine gute Alternative aufgrund der mangelnden Infrastruktur, obwohl der Wohnraum auf dem Land um einiges günstiger ist als in der Stadt.

Umso wichtiger ist es, auch auf dem Land eine gute Infrastruktur zu gewährleisten, um gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen den Städten und dem Land herzustellen. Dazu gehören neben guter Gesundheitsinfrastruktur auch ein besserer ÖPNV und ein ambitionierter Internetausbau.

Die Kommunen müssen jedoch auch finanziell unterstützt werden, um den unabhängigen Einzelhandel aufrechtzuerhalten. Auch kulturelle Angebote und die Gastronomie auf dem dünnbesiedelten Land müssen, wenn nötig finanziell, unterstützt werden.

Passiert dies nicht, rückt das Land für junge Menschen als Wohn- und Arbeitsraum immer mehr in den Hintergrund. Treffpunkte für Jugendliche werden mit der Zeit immer weniger, die Arbeitsmöglichkeiten beschränken sich aufgrund der fehlenden Verkehrsanbindung auf ein Minimum und die Diversität nimmt auf dem Land ab, weshalb folglich die Attraktivität, auf dem Land zu wohnen und zu arbeiten, auch abnimmt.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

Antragsteller: Aliosman Kerem Cakirer

Abhängigkeit von anderen Staaten

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

Antrag:

„Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, die Abhängigkeit von anderen Staaten zu minimieren.

Begründung:

Auf Grund der aktuellen Situation ist festzustellen, wie wichtig Eigenständigkeit und Regionale Produkte zu verbrauchen/konsumieren ist. Man könnte den Import minimieren und auf regionale Produkte zurückzugreifen, und sie in den Läden präsenter machen. Die produckte können günstiger angeboten werden, da die weite Fahrtkosten wegfallen. Wenn man eine zu große Anzahl an Produkten importiert, ist man gewisser Weise davon abhängig. Und wenn es beispielsweise in der Ukraine zusammenbricht, entstehen plötzlich Mangelsituation, und die Preise schießen in die Höhe.

Damit ist auch die regenerative Energie gemeint. Da wir im Norden gleich an der Küste sitzen, könnte man auf Windenergie zurückgreifen.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37

Antragssteller: Johanna Marie Lenz

Verpflegung von Menschen mit geringem Einkommen in öffentlichen Einrichtungen

Adressat: Der Schleswig- Holsteinische Landtag, Landesregierung

Antrag:

“Jugend im Landtag” möge beschließen:

Der Landtag in Schleswig- Holstein wird aufgefordert, die Verpflegung von Menschen mit geringem Einkommen und sozial benachteiligten Mensch durch Großküchen an öffentlichen Einrichtungen auch während der Ferien zu gewährleisten.

Begründung:

Durch höhere Ausgaben in der Lebensmittel- und Energieversorgung ist es für Menschen mit geringem Einkommen nicht gewährleistet für hohe Kosten aufzukommen. Durch die gleichzeitige Inflation ist es nahezu unmöglich dies zu verhindern. Es wird nicht nur gesunde Ernährung, sondern zum Beispiel auch soziale Interaktion sichergestellt. Von dem auch Menschen aus der Ukraine oder sozial benachteiligte Menschen profitieren.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48

Antragsteller: Sally Schrader

Kostenlose Menstruationsartikel in allen öffentlichen Toiletten und Gebäuden in Schleswig-Holstein

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung, Landesministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren

Antrag:

„Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, eine kostenlose Ausgabe von Binden und Tampons in allen öffentlichen Toiletten und Gebäuden sicherzustellen.

Begründung:

Etwa die Hälfte der Menschen menstruieren, dennoch ist dieses Thema immer noch stark tabuisiert. Eine menstruierende Person muss sich viele Jahre ihres Lebens um die Beschaffung von Hygieneartikeln wie Tampons oder Binden und die damit verbundenen Kosten sorgen. Wer das Geld nicht hat, ist schnell aufgeschmissen und leidet an der sogenannten Periodenarmut.

Die Steuersenkung für Menstruationsartikel von 19% auf 7% war ein erster Schritt, jedoch ist dies lange nicht ausreichend. Krisen wie etwa die Corona-Pandemie oder der Ukraine-Krieg und die damit verbundene starke Inflation bringen viele Menschen an ihre Grenzen. Das Geld reicht nicht mehr, um Menstruationsartikel zu finanzieren. Der Preis der Menstruationsprodukte ist nicht vom Land regulierbar, weshalb das Land Schleswig-Holstein eine Versorgung aller menstruierenden Personen mit Tampons und Binden anderweitig sicherstellen muss.

Da sich niemand der menstruierenden Personen, die Menstruation ausgesucht hat und dies eine natürliche Funktion des Körpers ist, sollte die Verwendung von Menstruationsartikeln genauso normal sein, wie die Benutzung von Toilettenpapier. Genau wie das Klopapier auf öffentlichen Toiletten, sollten auch Menstruationsartikel für alle kostenlos und frei zugänglich zur Verfügung stehen. Menstruationsartikel sind ein ebenso essenzielles Hygieneprodukt und dürfen nicht als Luxusgut verstanden werden. Viele Menstruierende Personen trauen sich weiterhin nicht offen über ihre Periode zu sprechen. Die generelle kostenlose Verfügbarkeit sorgt für ein offeneres Verhältnis gegenüber der Periode und eine fortschreitende Enttabuisierung in der Gesellschaft. Aus den oben genannten Gründen fordere ich kostenlose Menstruationsprodukte in allen öffentlichen Toiletten und allen öffentlichen Gebäuden, so wie an allen Schulen, Universitäten, Bibliotheken, Obdachlosenunterkünften und Justizvollzugsanstalten in Schleswig-Holstein.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48

Antragstellerin: Jacqueline Kühl

Kostenfreie Menstruationsprodukte in städtischen Gebäuden

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag; Landesregierung; Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung, Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren; Bundesregierung; Abgeordnete des Deutschen Bundestages aus Schleswig-Holstein

Antrag:

„Jugend im Landtag“ möge beschließen: Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, Menstruationsprodukte kostenfrei in städtischen Gebäuden anzubieten.

Begründung:

Menstruierende Personen sind durch soziale Stigmata und finanziellen Mehraufwand stark benachteiligt. Deshalb muss nun auch das Land sich für mehr Gleichberechtigung einsetzen und kostenfreie Menstruationsprodukte in allen städtischen Gebäuden anbieten und die einhergehende Enttabuisierung von Menstruation.

Außerdem belegen immer wieder repräsentative Umfragen (z.B. YouGov), dass mehr als die Hälfte der Befragten für einen unentgeltlichen Zugang zu Artikeln wie Tampons oder Binden für Menstruierenden sind. Es gibt zwar schon in einigen Bildungseinrichtungen kostenfreie Menstruationsprodukte, dies wurde aber meistens von den SVen oder engagierten studentischen Gruppen/AStA vorangetrieben und umgesetzt.

Mittlerweile bietet nun sogar das Land Schottland kostenfreie Menstruationsprodukte an. Ganz einfach kann man mit einer App nach einer Sammelstelle suchen und am nächstgelegenen Abholort die benötigten Menstruationsprodukte kostenlos abholen. Dies wäre ein nächster Schritt welcher umgesetzt werden muss.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Antragsteller: Mia Marten

Förderprämie für Hygieneartikelspender an Weiterführenden Schulen

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag. Landesregierung

Antrag:

„Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, eine Förderprämie für kostenfreie Hygieneartikel und Hygieneartikelspender für Schülerinnen der Weiterführenden Schulen in Schleswig-Holstein zu gewähren.

Begründung:

Menschen mit Menstruation müssen für den Fall einer einsetzenden Periode immer Hygieneartikel dabeihaben. Es kann zum Problem werden, wenn sie diese einmal nicht dabeihaben. Gerade für jüngere Schülerinnen kann dies zur Schwierigkeit werden, ob aufgrund der ersten oder einer noch unregelmäßigen Periode, ist dabei egal. Häufig ist die Menstruation immer noch ein Tabuthema. Mit Hygieneartikelspendern würde erstens eine Sensibilisierung stattfinden und zweitens entstände nicht mehr der Scham, den einige Schülerinnen empfinden, um nach Hygieneartikeln zu fragen.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42

Antragsteller: Jannik Schröder

Höhere Sicherheit für Badegäste

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

Antrag:

„Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, Kapazitäten und Möglichkeiten zur Sicherstellung des Schwimmunterrichts für Kinder aller Altersgruppen zu schaffen. Ebenso muss die Ausbildung von qualifizierten Rettungsschwimmern gefördert werden, um für die allgemeine Sicherheit von Badegästen zu sorgen, um die zukünftige Zahl von Badeunfällen zu senken. Als Voraussetzung müssen im Zuge bessere Ausbildungsbedingungen und die Unterstützung von Wasserrettungsorganisationen und deren ehrenamtlichen Mitgliedern geschaffen und ermöglicht werden.

Begründung:

Ein ansteigender Personalmangel qualifizierter Rettungsschwimmer und Schwimmmeister sorgt für die Schließung von ungefähr 80-Bäderbetrieben jährlich und eine geringe Kapazität an Nicht-Schwimmer Kursen [1]. Ebenso sorgt der hohe Sanierungsbedarf von Schwimmstätten für ein Ausfallen des Schwimmunterrichtes an Grundschulen, wodurch ca. 60% der Viert- und Fünftklässler elementare Probleme beim Schwimmen aufweisen [2]. Diese Entwicklung wird gleichzeitig von externen Faktoren wie der aktuellen Energiekrise und der Corona-Pandemie befördert, wobei es häufig zu langen Wartelisten bei angebotenen Nicht-Schwimmerkursen kommt, da Schwimmbäder geschlossen werden müssen. Der aktuelle Zustand spiegelt sich auch an den Kieler-Stränden wider. Erstmals konnte der größte Strand in Falkenstein, auf Grund eines Mangels von ehrenamtlichen Helfern und Nachwuchs nicht besetzt werden. Als Notlösung musste das „Hörnbad“ der Stadt Kiel Schwimmmeister an den Strand entsenden, um ein Minimum an Sicherheit zu gewährleisten. Diese Zustände sind nicht tragbar und vernachlässigt die allgemeine Sicherheit der Gesellschaft. Deshalb wird der Schleswig-Holsteinische Landtag aufgefordert, bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen für Rettungsschwimmer und Rettungsschwimmerinnen zu schaffen, um ein Land der „Nicht-Schwimmer“ zu verhindern.

[1] *Rettet die Bäder!* (o. J.). DlrG.de. Abgerufen 23. Oktober 2022, von <https://www.dlrG.de/informieren/die-dlrG/rettet-die-baeder/>

[2] *Das Land der Nicht-Schwimmer*. (2022, August 18). https://youtu.be/QzoHbC_R5RQ

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45

Antragsteller: Jan Oke Rohwer
Verbot von Online-Glücksspiel in Schleswig-Holstein

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

Antrag:

„Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, seine ausgestellten Lizenzen zum Online-Glücksspiel nicht zu verlängern und Online-Glücksspiel im Generellen zu verbieten.

Begründung:

Durch eine Legalisierung des Online-Glücksspieles 2011 ist Schleswig-Holstein schon immer einen Sonderweg gegangen und hat als einziges Bundesland Online-Casinos und Online-Glücksspiel legalisiert. Seit 2021 wurde den Ländern vom Bund die Möglichkeit zugesprochen, individuell Lizenzen für Online-Glücksspiel zu erstellen.

Die Legalisierung von Online-Glücksspiel hat das Suchtpotenzial durch den einfacheren Zugang erhöht, denn durch den Besitz eines Handys kann nun von fast überall „gespielt“ werden. Während man früher zumindest noch aktiv in die Spielothek oder das Casino gehen musste, kann man nun einfach nebenher beim Essen, Fernsehen oder Arbeiten Glücksspiel betreiben.

Ebenfalls kann bei einem Online-Casino leichter beim Altersnachweis getrickst werden. Da der Personenkontakt fehlt, muss sich der Casino-Anbieter auf die Personalausweisnummer verlassen und kann nicht überprüfen, ob Person und Personalausweis auch wirklich zusammengehören. In einem Casino wird durch den Einlasser, oder einen Kontrolleur anderer Art, überprüft, ob Personalausweis und Person bildlich zusammengehören.

Außerdem gilt es die finanziellen Schäden in Betracht zu ziehen, welche den Krankenversicherungen, aufgrund der Suchttherapie entstehen.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36

Antragsteller: Tim Post

Tanzverbot?

Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung, Innenministerium des Landes Schleswig-Holsteins, Abgeordnete aus Schleswig-Holstein im Bundestag

Antrag:

Jugend im Landtag möge beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung wird aufgefordert, das Verbot von öffentlichen Veranstaltungen/ Tanzverbote für stille Feiertage abzuschaffen.

Begründung:

Die Zahlen der Gläubigen werden gerade bei jungen Menschen immer weniger. Insgesamt sind laut Zensus die Mehrheit der Menschen in Schleswig-Holstein konfessionslos. Durch das Verbot wird also die Mehrheit der Menschen in ihrer Freiheit benachteiligt. Es sollte jeder selbst entscheiden können, wie man diesen Tag verbringen möchte.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45

Antragsteller: Tim Post

Trennung zwischen Staat und Kirche

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung, MIKWS SH, FM SH,
Abgeordnete aus Schleswig- Holstein im Bundestag

Antrag:

Jugend im Landtag möge beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, sich für die Einstellung der Zahlung der Staatsleistungen an die Kirchen aus dem Landeshaushalt einzusetzen. Hierbei ist kein Ausgleich zu Gunsten der Kirche zu zahlen.

Begründung:

Die Staatsleistungen beruhen auf (historischen) Gesetzen und Verträgen. Es geht um finanzielle Zuwendungen des Staates an die Kirchen, die ihren Ursprung größtenteils um 1800 haben. Die Kirchen mussten damals große Teile ihres Besitzes und damit ihrer Einnahmequellen an den Staat abtreten. Zum Ausgleich wurden Verträge geschlossen, in denen sich die einzelnen deutschen Staaten dazu verpflichteten, den Kirchen Zahlungen für deren Verluste sowie den Unterhalt der kirchlich genutzten Gebäude und personelle Aufwendungen zu zahlen. So werden dieses Jahr von den Bundesländern an die Kirche 687.508.339,00€ gezahlt. Diese Summe steigt im Übrigen jedes Jahr noch weiter an. Dieses Geld ist von der Kirchensteuer, sowie von Zahlungen für Subsidiarität unabhängig und wird aus den Haushalten der Länder, also von unser aller Steuern bezahlt. Ganz egal ist hier, ob man Christ, Moslem, Jude, Atheist oder einer anderen Glaubensgemeinschaft angehörig ist. Hiermit wird die Christliche Kirche gegenüber anderen Glaubensgemeinschaften bevorzugt finanziell subventioniert. Dieses ist ungerecht und macht die Christliche Kirche de facto zu einer Staatskirche. Die zu entschädigenden Ansprüche sind seit über 200 Jahren längst um ein Vielfaches bezahlt worden, weshalb wir eine Abschaffung ohne Entschädigung fordern.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47

Antragsteller: Aliosman Kerem Cakirer

Aufnahme von Migration

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

Antrag:

„Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, dass die Kriterien von Aufnahme von Flüchtlingen verschärft/konkretisiert werden.

Begründung:

Man könnte die Aufnahme von Migration konkretisieren, um Flüchtlingen, die vorübergehend aufgenommen werden sollen, genauer hingeguckt wird. Man könnte die Anträge schneller bearbeiten, und sie schnell wie möglich erwerbstätig sind.

Bei Migranten, bei denen man weiß, dass sie länger oder für immer hierbleiben, schnell wie möglich Deutsch Kurse angeboten werden und man sie an die Kultur näherbringt. Und, dass sie unsere Richtlinien und Gesetze näher kenne und sich besser anzupassen/integrieren.

Wenn sie das nicht rechtzeitig beigebracht kriegen, könnte es sein, dass sie den Sprung in die deutsche Gesellschaft nicht mehr schaffen.

1
2
3
4 **Antragsteller: Mika Barz**

5
6 **Antrag auf die Senkung der Promillegrenze beim Führen eines Kraftfahrzeugs**

7
8 Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

9
10
11 **Antrag:**

12 "Jugend im Landtag" möge beschließen:

13 Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, sich auf
14 Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Promillegrenze beim Führen eines
15 Kraftfahrzeuges auf null Promille abgesenkt wird.

16
17 **Begründung:**

18 Aus zahlreichen wissenschaftlichen Studien geht hervor, dass sich Alkoholkonsum durch die
19 Abnahme des Reaktionsvermögens sowie durch eine getrübbte Risikoeinschätzung
20 bemerkbar macht. Bereits bei einem Promillewert von 0,2 lässt das Reaktionsvermögen
21 signifikant nach. Wie Statistiken aus dem Jahr 2020 zeigen gehen 4,9% aller Unfälle mit
22 Personenschaden auf Alkoholkonsum zurück. Jeder 17 Mensch, der im Jahre 2020 aufgrund
23 eines Verkehrsunfalls sein Leben lassen musste, wurde aufgrund von Alkoholkonsum
24 getötet. Wann auch immer der Staat durch den Erlass eines Gesetzes die Möglichkeit hat
25 Menschenleben zu retten sollte er seine Fürsorgepflicht auch wahrnehmen.

26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51

1
2
3
4 **Antragsteller: Niklas Binder**

5
6 **Arbeit mit bildungspolitischen Organisationen stärken – Forderungen nach außen**
7 **tragen**

8
9 Adressat: Jugend im Landtag, Landesschüler*innenvertretungen des Landes SH,
10 Jugendorganisationen der demokratischen Parteien, Landesjugendring

11
12
13 **Antrag:**

14 „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

15 Das politische Meinungsgremium für Jugendliche „Jugend im Landtag“ soll in Person, das
16 gewählte Präsidium, beschlossene Anträge zur Bildungspolitik an Organisationen im
17 Themengebiet „Bildungspolitik“ herantragen und um Position bitten.

18 Eine Übernahme der Forderungen in diesen Anträgen bleibt dabei jeder Organisation selber
19 überlassen. Beispielhaft für bildungspolitische Organisationen wären die vier
20 Landesschüler*innenvertretungen im Land Schleswig-Holstein sowie die
21 Jugendorganisationen der demokratischen Parteien auf Landesebene. Eine genaue Liste ist
22 vom Präsidium zu erarbeiten.

23
24 **Begründung:**

25 In den vergangenen Jahren war „Jugend im Landtag“ veranstaltungstechnisch ein voller
26 Erfolg.

27 Junge Menschen aus allen Ecken des Landes, voller verschiedener Hintergründe und
28 Erfahrungen die sie prägten. Junge, aktive politische Köpfe rauchten bereits 34-mal in den
29 Mauern des Landtages.

30 Alle möglichen politischen Fraktionen, Landesinstitutionen und einzelne Politiker nahmen zu
31 Anträgen dieser jungen Menschen immer wieder Stellung.

32 „Jugend im Landtag“ hat aber auch die Möglichkeit, Wünsche der teilnehmenden Personen
33 direkt an politische Organisationen heranzutragen und ihnen damit eine Stimme zu
34 verschaffen.

35 Auch, wenn „Jugend im Landtag“ kein gewähltes Parlament ist, ist und bleibt es trotz dessen
36 ein breites Spiegelbild unserer Gesellschaft, dessen Anträge politisch mehr als nur gehört
37 werden sollten.

38 Menschen, die sich Tage lang Gedanken um Anträge machen, die sie beschäftigen, über die
39 harsch diskutiert wird, sollten von politischen Organisationen wenigstens Akzeptiert und
40 Anerkannt werden.

41 Das demokratisch gewählte Präsidium von „Jugend im Landtag“ ist dafür das einzige Organ,
42 welches uns zur Verfügung stünde, um Kontakte in diese Richtung zu knüpfen.

43 Bildungspolitik ist im Alter der Teilnehmenden von JiL ein allseits präsent Thema.

44 Sei es in klassischen Bildungswegen (Gymnasien, Gemeinschaftsschulen) durch die
45 Berufsschule oder anderen Bildungsmöglichkeiten – auch der politischen Bildung!

46 Deswegen kann die Fokussierung auf dieses Thema erst mal ein Testlauf sein, politische
47 Organisationen, außerhalb der großen Parteien anzusprechen, um Anträgen mehr Gehör zu
48 verschaffen. Sollte dieser Erfolg haben, wäre es denkbar, das auf weitere Bereiche zu
49 erweitern.

50 Dafür wäre ein innerer Arbeitskreis sinnvoll, um nicht zu viel Arbeit auf dem Präsidium lasten
51 zu lassen.

52

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41

Antragsteller: Tom Daubmann

Förderung von Kinder- und Jugendbeteiligung

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung, das MBWFK, das MSJFSIG

Antrag:

“Jugend im Landtag” möge beschließen:

Der Landtag Schleswig-Holstein und die Landesregierung werden aufgefordert, Kinder- und Jugendbeteiligung im alltäglichen und besonders im Schulleben auf allen Ebenen, das heißt in den einzelnen Schulen, Orten, Kreisen und im Land, finanziell stärker zu unterstützen, sowie neue Institutionen und Beteiligungsmöglichkeiten zu kreieren, durch welche die Kinder und Jugendlichen ihren Meinungen in der Politik Gehör verschaffen und direkten Einfluss auf diese nehmen können.

Begründung:

Kinder und Jugendliche sind oft politisch engagiert und haben immer ein großes Interesse an einer in deren Sinne guten Zukunft des Orts, Kreises oder Landes. Dieses Engagement kann leider nur selten in angemessener und auf Kinder und Jugendliche zugeschnittener Weise ausgelebt werden und wenn es ausgelebt wird, hat dieses meist keinen echten Einfluss auf die Politik und findet dementsprechend keine Umsetzung. Dazu müssen neue Institutionen entstehen und alte Institutionen ausgeweitet werden, des Weiteren müssen diese echten Einfluss auf die Politik nehmen können, da andernfalls nur wenige Kinder und Jugendliche die Motivation haben, ihre Freizeit mit der politischen Vertretung ihrer Interessen zu verbringen. Veranstaltungen wie “Jugend im Landtag” sind zwar ein guter erster Schritt, allerdings müssen solche deutlich ausgeweitet werden.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43

Antragstellerin: Lili-Marie Sander

Mitbestimmung der Kinder und Jugendlichen in Form einer Landesvertretung

Adressaten: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

Antrag:

„Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Landtag Schleswig-Holstein wird dazu aufgefordert eine Kinder- und Jugendvertretung auf Landesebene einzuführen, die

- es Kindern und Jugendlichen ermöglicht sich auf Augenhöhe mit den Mitgliedern des Landtages auseinanderzusetzen.
- Antrags- und Rederecht in allen Ausschüssen im Landtag hat.
- die Teilnahme an allen Sitzungen und Ausschüssen außerhalb der Schulzeiten hybrid ermöglicht.
- Kinder und Jugendliche in Prozesse einbindet.
- eine am Landtag angesiedelte Geschäftsstelle mit hauptamtlichen Angestellten beinhaltet
- unabhängig von Schulstrukturen ist.
- Weiterhin sollen auf Landesebene die Landesschülervertretung, Jugend im Landtag und die Jugendaktionskonferenz bestehen bleiben.

Begründung:

Eine Kinder- und Jugendvertretung auf Landesebene ermöglicht es jungen Menschen sich für ihre Interessen und Bedürfnisse über lokale Anliegen hinaus einzusetzen und diese einem größeren Plenum zu vermitteln.

Die aktuell bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten sind räumlich eingegrenzt und erschweren es Kindern und Jugendlichen sich mit für sie relevanten weiterreichenden Themen direkt an den Landtag zu wenden. Dadurch ist zum Beispiel die Partizipation bei der Gestaltung des Bildungswesens nahezu ausgeschlossen. Die Meinung und Erfahrung der direkt Betroffenen/Beteiligten einzuholen sollte unbedingt Bestandteil zukünftiger Entscheidungsprozesse sein.

Nur über aktive Teilhabe lassen sich junge Menschen wieder für Politik begeistern und nur so kann der aktuell zunehmenden Politikverdrossenheit entgegengewirkt werden.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46

Antragstellerin: Sally Schrader

Klare Richtlinien für den §47f der Gemeindeverordnung und Sanktionen bei Verstößen gegen diesen

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

Antrag:

„Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, den §47f klarer zu formulieren, so dass Gemeinden aktiv zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen aufgefordert werden. Sind keine deutlichen Bemühungen zu erkennen muss die entsprechende Gemeinde sanktioniert werden. Die Sanktionen sollen wiederum die Kinder- und Jugendbeteiligung aktiv fördern.

Begründung:

Der Paragraph 47f der schleswig-holsteinischen Gemeindeordnung besagt:

„(1) Die Gemeinde muss bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen. Hierzu muss die Gemeinde über die Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner nach den §§ 16a bis 16f hinaus geeignete Verfahren entwickeln.

(2) Bei der Durchführung von Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, muss die Gemeinde in geeigneter Weise darlegen, wie sie diese Interessen berücksichtigt und die Beteiligung nach Absatz 1 durchgeführt hat.“

§47f ist und war ein wichtiger Schritt hin zu mehr Kinder- und Jugendbeteiligung. Leider ist der Paragraph jedoch sehr offen, was zu wenig, bis keiner Kinder- und Jugendbeteiligung in einigen Gemeinden führt.

Aktive Kinder- und Jugendbeteiligung ist in jeder Gemeinde wichtig und sollte dringend durch das Land genauer geregelt sein. Es erfordert feste Rechte und Regeln für die Gemeinden, um zusätzlich zu allgemeinen, auch schon bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, eine Kinder- und Jugendvertretung in jeder Gemeinde aktiv zu fördern.

Das Ziel sollte Kinder- und Jugendbeteiligung in allen Bereichen sein. Zusätzlich zu den allgemeinen Beteiligungsmöglichkeiten, sollte in allen Gemeinden das Interesse der Kinder und Jugendlichen an einer Kinder- und Jugendvertretung regelmäßig aktiv abgerufen werden um zu versichern, dass bei Interesse sich Kinder und Jugendliche in dieser Form noch besser und überparteilich in der lokalen Politik für die Rechte und Wünsche von Kindern und Jugendlichen einsetzen können.

Aktuell gibt es außerdem keine Sanktionen bei Verstößen gegen den Paragraphen 47f. Sinnvoll wären entgeltliche Sanktionen bei keinem sichtbaren Interesse seitens der Gemeinde. Das Geld darf nicht aus dem Budget des Kinder- und Jugendbereiches genommen werden und sollte im Endeffekt wieder dem Kinder- und Jugendbereich der Gemeinde zugutekommt und somit die Beteiligung Kinder und Jugendlicher zusätzlich fördern.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52

Antragssteller: Johanna Marie Lenz

Energieeinsparung in öffentlichen Gebäuden

Adressat: Der Schleswig- Holsteinische Landtag, Landesregierung

Antrag:

“ Jugend im Landtag” möge beschließen:

Der Landtag Schleswig- Holstein wird aufgefordert, die Energieeinsparung in öffentlichen Gebäuden zu erhöhen.

Begründung:

Durch weniger Energieaufkommen an öffentlichen Gebäuden werden mehr Energiereserven sichergestellt. Ebenfalls kommt es zu einem niedrigeren Kostenaufwand und durch effizientes Handeln zur Vorbeugung des Klimawandels. So gäbe es zum Beispiel die Möglichkeit Bewegungsmelder in Schulen zu verwenden oder die Gebäude besser zu dämmen.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Antragstellerin: Kaja Skrotzki

Ausbau von erneuerbaren Energien

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

Antrag:

„Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, den Ausbau von erneuerbaren Energien, vor allem Wind- und Solarenergie, im gesamten Land anzutreiben.

Begründung:

In Zeiten der Energiekrise ist es die Chance die günstige erneuerbare Energie zu fördern, um das Risiko von weiter steigenden Energiekosten, sowie der Abhängigkeit von anderen Ländern entgegenzuwirken. Dafür muss schnell gehandelt werden. So können zum Beispiel freie Ackerflächen und Dächer von Gemeinden per Anordnung genutzt werden und weitere Anreize für Gemeinden und Privatpersonen geschaffen werden. Gleichzeitig können wir es schaffen die Energiekrise nachhaltig zu nutzen, um die Umwelt zu schützen.

1
2
3
4
5
6
7 **Antragsteller: Fayyaz Sayedi**
8 **Mehr Engagement auf politischer Ebene in der Arktis**
9

10
11 **Antrag:** Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert
12 sich mehr auf politischer Eben in der Arktis zu engagieren.
13

14 **Erläuterung:**

15 Derzeit schmelzen aufgrund des voranschreitenden Klimawandels immer mehr Gletscher,
16 vor allem in der Arktis werden dadurch neue Handelswege immer lukrativer und
17 interessanter. Momentan müssen chinesische Handelsschiffe rund 23.000 Kilometer auf sich
18 nehmen, um nach Europa zu gelangen. Über den indischen Ozean, entlang an Indiens
19 Küstenlinie bis zum Sueskanal, um schlussendlich im Mittelmeer zu landen. Doch das
20 könnte sich schon bald ändern, denn durch das schmelzen der Arktis, nimmt die Route von
21 23.000 Kilometer um die Hälfte ab, wodurch nur noch circa 11.000 Kilometer nötig wären.
22 Damit Container aus Asien bei uns in Europa landen, Experten schätzen das es bereits im
23 Jahr 2027 zu voll funktionsfähige wegen durch die Polare Seidenstraße kommen könnte.
24 Doch die Arktis ist nicht nur interessant um Waren aus Asien nach Europa zu transportieren,
25 auch der Handel amerikanischer Waren nach Europa würde sich komplett revolutionieren.
26 Denn die derzeitige Route durch den Panama-Kanal birgt 16.500 Kilometer, die Nord-West-
27 Passage hingegen würde die Route um 3.500 Kilometer senken, wodurch amerikanische
28 Containerschiffe bereits nach 13.000 Kilometern Europa erreichen könnten.
29

30 Dabei kommt es selbstverständlich zu politischen Auseinandersetzungen, die Arktis ist
31 nämlich nicht Hoheitsgebiet eines bestimmten Landes, doch einige Länder wie
32 beispielsweise Russland, Kanada, Alaska und Grönland machen sich die neuen
33 Möglichkeiten lukrative Deals zu ergattern bereist zugute und dabei ist vor allem wichtig das
34 wir als EU uns früh genug positionieren, damit eine solche Situation gar nicht erst eskaliert.
35